Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreisausschusses
von Montag, 03.07.2017,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:19 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Für den in der Zeit von 17:23 Uhr bis 18:00 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans Jürgen Fahn	bis 17:00
Herr Dietmar Fieger	
Herr Dr. Heinz Kaiser	
Herr Thomas Köhler	bis 17:45
Herr Dr. Heinz Linduschka	
Herr Matthias Luxem	
Frau Petra Münzel	
Herr Günther Oettinger	
Herr Jürgen Reinhard	bis 17:20
Herr Stefan Schwab	
Herr Roland Weber	

Entschuldigt gefehlt haben:

Ausschussmitglieder

Herr Peter Schmitt

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Frau Erfurth, Leiterin B 3.3	Zu TOP 10
Herr Feil, Leiter Abt. 1	Juristische Sitzungsbegleitung
Frau Hörnig, Leiterin UB 4	Zu TOP 7 und 8
Herr Krah, Leiter Abt. 5	Zu TOP 2
Herr Krämer, Leiter UB 3	Zu TOP 9
Frau Leiblein, UB 4	Zu Top 7 und 8
Herr Rosel, Leiter Abt. 3	Zu TOP 13, TOP nö 1 und nö 2
Herr Rüth, Leiter UB 2	Zu TOP nö 4 - 9
Herr Schork, B 1.2	Zu TOP 3
Frau Seidel, Leiter UB 1	
Herr Vill, Leiter SG 23	Zu TOP 4-6
Herr Wosnik, Leiter UB 5	Zu TOP nö 3
Frau Zipf-Heim, B 1.1	Schritfführerin

Ferner haben teilgenommen:

Herr Bäßler, Herr Giegerich, Herr Dr. Bess Fahrgastbeirat Westfrankenbahn	Zu TOP 11
Herr Betz, Nahverkehrsbeauftragter	Zu TOP 13 und nö 1
Herr Kollai, Westfrankenbahn	Zu TOP 12
Herr Seibel, Initiative Bayerischer Untermain	Zu TOP 1

Landrat Scherf begrüßt Regierungsdirektor Weidlich von der Regierung von Unterfranken mit seinen Geographiestudent/innen und dankt für das Interesse am Thema Regionalmanagement.

Vor Einstieg in die Tagesordnung informiert Landrat Scherf, dass alle Mitgliedskommunen im Landkreis Miltenberg und die Gemeinden des Bayerischen Odenwaldes am gestrigen Sonntag die Rezertifizierung als Unesco Global Geopark Bergstraße-Odenwald vom 01.01.2017 bis 31.12.2020 erhalten hätten. In diesem Zusammenhang sei in Mömlingen das Umweltpädagogische Zentrum „Otto-Adam-Vogel Haus“ der Öffentlichkeit übergeben worden. Da Bürgermeister Reinhard bei der Verleihung verhindert war, überreicht Landrat Scherf ihm für die Gemeinde Niedernberg die Urkunde als UNESCO Geopark-Kommune.

Tagesordnung:

- 1 Aktueller Stand Metropolregion Frankfurt RheinMain 2020
- 2 Anhörungsverfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans für das Gebiet des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain
- 3 Landkreis-Lauftag 2017
- 4 Jahresbericht 2016 über den „Maria-Schiegl-Fonds
- 5 Jahresbericht 2016 über die „Allgemeine Wohltätigkeitsstiftung des Landkreises Miltenberg
- 6 Änderung der Satzung für die „Allgemeine Wohltätigkeitsstiftung des Landkreises Miltenberg
- 7 Jahresabschluss 2015 des Landkreises Miltenberg
 - a) örtliche Prüfung
 - b) Feststellung
- 8 Jahresabschluss 2015- Erteilung der Entlastung
- 9 Jahresabschluss 2015 – Verwendung des Jahresüberschusses
- 10 Halbjahresbericht der wirtschaftlichen Einheiten
- 11 Bericht Fahrgastbeirat Westfrankenbahn
- 12 Bericht von Herrn Denis Kollai, Sprecher der Geschäftsleitung, über die aktuelle Entwicklung der Westfrankenbahn
- 13 Fortschreibung Nahverkehrsplan Bayerischer Untermain
Nachkorrektur des bereits abgestimmten Entwurfes
- 14 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Aktueller Stand Metropolregion Frankfurt RheinMain 2020

Herr Seibel, Regionalmanager Initiative Bayerischer Untermain, informiert anhand beiliegender Präsentation über den aktuellen Stand Metropolregion Frankfurt RheinMain.

Kreisrat Dr. Fahn ist der Meinung, dass man jetzt konkret vorankommen müsse, und dass für ihn ein Staatsvertrag noch nicht vom Tisch sei.

Für Kreisrat Dr. Kaiser steht auch fest, dass man ohne Staatsvertrag nicht weiterkommen werde. Die Metropolregion Rhein-Neckar sei ein gutes Beispiel für einen gelungenen Staatsvertrag.

Kreisrat Reinhard unterstützt das Positionspapier in vollem Umfang, ist aber auch der Meinung, dass jetzt alles gut aufeinander abgestimmt laufen müsse, und dass dafür auch viel Energie aufgebracht werden müsse.

Herr Seibel stimmt Kreisrat Reinhard zu, dass es genau darum in der konfusem Gemengelage in RheinMain gehe, dass der Bayerische Untermain einheitlich auftrete und diese Energie einsetze. Die Aufgabe des Regionalmanagements werde in Zukunft nicht sein, dass man für alle Themen zuständig sei, sondern es wäre ein „Scout“, der sich in der Diskussion umhöre und die Kommunen dann über die Strukturen informiere.

Alle Partner müssten einen gewissen Erfolg haben, sonst käme nichts zusammen, so Kreisrat Dr. Linduschka.

Landrat Scherf antwortet, dass man zuerst eine Strategieplattform benötige, wo die Akteure der Metropolregion zusammenkämen. Die Bayern in RheinMain hätten ihre Themen identifiziert. Man habe jetzt eine Dynamik erreicht, dass sich in den kommenden Wochen hier der Wille entwickle, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen, um über die notwendigen Strukturen und konkreten Themen gemeinsam beraten und vorankommen könne.

Der Konsens mit der Bayerischen Staatsregierung sei, dass wenn es zur Lösung eines Problems notwendig sei, dann werde auch der Weg des Staatsvertrages beschritten.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Anhörungsverfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans für das Gebiet des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain

Herr Krah, Leiter Abt. 5 Bauwesen, gibt folgende Information:

I. Sachverhalt:

Der Regionalplan Südhessen/Regionale Flächennutzungsplan 2010 trifft keine Aussagen zur Windenergienutzung. Die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergienutzung wird daher in einem separaten Teilplan „Erneuerbare Energien“ nachgeholt. Der Teilplan enthält auch Grundsätze zu den anderen erneuerbaren Energien (Solarenergie, Bioenergie, Geothermie und Wasserkraft). Die Regionalversammlung Südhessen hat am 16. Dezember 2016 die erneute Beteiligung für den Entwurf 2016 des sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans beschlossen. Am 14. Dezember 2016 hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes FrankfurtRhein-

Main ebenfalls die erneute Beteiligung beschlossen. Beide Beteiligungen laufen gleichzeitig in der Zeit vom 3. April 2017 bis 19. Mai 2017. Mit Schreiben vom 20. März 2017 wurde das Landratsamt Miltenberg im Rahmen der erneuten Beteiligung um Stellungnahme während der angegebenen Frist gebeten.

Das Plangebiet des Regionalen Flächennutzungsplans für das Gebiet des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain grenzt nicht an den Landkreis Miltenberg an. Insofern sind für diesen Bereich keine Anregungen und Hinweise veranlasst.

Aufstellung des Teilplans Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen

Die dem Landkreis Miltenberg benachbarten Potenzialflächen zur Nutzung der Windenergie 130, 130a, 136a und 126, aus dem Entwurf 2013, sind entfallen. Der Landkreis Miltenberg ist noch von insgesamt 4 Vorranggebieten betroffen:

- Vorranggebiet Nr. 2-117; Flächengröße 80,9 ha,
- Vorranggebiet Nr. 2-118; Flächengröße 158,8 ha,
- Vorranggebiet Nr. 2-122; Flächengröße 600,6 ha,
- Vorranggebiet Nr. 2-125; Flächengröße 206 ha.

II. Stellungnahme:

Im Anhörungsverfahren wurde die Untere Naturschutzbehörde sowie das Sachgebiet Immissionsschutz beteiligt.

Bauplanungs- und Bauordnungsrecht

Aus bauleitplanerischer und bauordnungsrechtlicher Sicht wird darauf hingewiesen, dass in Bayern mittlerweile die Abstandsflächenregelung für Windkraftanlagen, die einen Mindestabstand von Windrädern zur nächsten Wohnbebauung (das 10-fache der Gesamthöhe der Anlage in der Regel 2 km) nicht unterschreiten darf, in Kraft getreten ist. Zwar bindet Art. 82 BayBO die Regionalversammlung nicht. Wir bitten dennoch darum, die hinter der 10-H-Regelung stehenden Wertungen zum Schutz von Wohnnutzungen zu berücksichtigen.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass zwischenzeitlich der Markt Weilbach Bauleitplanung im Bereich der „Golfanlage Sansenhof“ betreibt. In den vorliegenden Plänen ist beabsichtigt, einen Teilbereich als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung einer Ferienhaus-siedlung auszuweisen. Diese Planung könnte sich auf das Vorranggebiet Nr. 2-125 auswirken. Wir bitten, diese beabsichtigte Planung zu berücksichtigen und ggf. den Markt Weilbach direkt am Verfahren zu beteiligen.

Natur- und Landschaftsschutz

Aus naturschutzrechtlicher Sicht wird darauf hingewiesen, dass die zukünftig auf Vorrangflächen errichteten Windenergieanlagen (WEA) raumoptisch weit in das auf bayerischer Landesseite liegende Landschaftsschutzgebiet „Bayerischer Odenwald“ einwirken. Die von den naturgemäß hohen, weithin sichtbaren WEA ausgehenden negativen Auswirkungen auf das Schutzgut „Landschaftsbild“ sind zu berücksichtigen.

Durch die WEA können die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) erfüllt sein. Relevant ist bei der Errichtung von WEA im Wesentlichen die Prüfung möglicher Verstöße gegen das Tötungs-/ Verletzungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG. Das Störungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG kann grundsätzlich durch die Scheuwirkung einer WEA ausgelöst werden. Rechtlich relevant ist allerdings nur eine erhebliche Störung durch die Inbetriebnahme von WEA, durch die sich der Erhaltungszustand einer lokalen Population einer Art verschlechtert. Da die WEA zum Teil direkt an der Landesgrenze errichtet werden könnten, können insbesondere die waldbewohnenden Vogel- und Fledermausarten auf der bayerischen Landesseite betroffen sein. Es wird daher eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) im Rahmen der künftigen Genehmigungsverfahren für zwingend erforderlich erachtet.

Immissionsschutz

Für eine Beurteilung aus der Sicht des Immissionsschutzes am Landratsamt Miltenberg sind aufgrund der grenzüberschreitenden räumlichen Auswirkungen nur die Vorgaben für die Windenergienutzung maßgeblich.

In dem Plan „Entwurf 2016 Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien Regionalplan Südhessen“ sind die jenseits der hessischen Landesgrenze liegenden Gemeinden nur teilweise aufgeführt. So fehlen die dem Vorranggebiet 2-122 auf bayerischer Seite benachbarten Gemeinden Laudendach, Rüdenu sowie der Stadtteil Trennfurt der Stadt Klingenberg.

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht sind beim Betrieb von Windkraftanlagen vorrangig Belange des Lärmschutzes und „ähnlicher Umwelteinwirkungen“ (§ 3 Abs. 2 BImSchG) wie bewegter Schattenwurf berührt. Soweit dies aus den Planunterlagen erkennbar ist, ergibt sich hierzu Folgendes:

Das Vorranggebiet 2-118 scheint deutlich weniger als 1000 m Abstand zum Aussiedlerhof „Neustädter Hof“ in Obernburg zu haben. Je nach Standort und Größe der Windkraftanlagen können bei einem geringeren Abstand als 1000 m Auswirkungen auf die relevanten Lärmimmissionen nicht ausgeschlossen werden.

III. Zusammenfassende Würdigung:

Von Seiten des Landratsamtes Miltenberg wurden daher gegenüber der Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen im benachbarten Gemeindegebiet Nrn. 117,118,122 und 125 des Teilplans Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen Bedenken erhoben, da das Landschaftsbild in der Bayer. Naturparkverordnung Odenwald und dem derzeit gültigen Regionalplan Bayer Untermain besonders geschützt ist. Die von den naturgemäß hohen, weithin sichtbaren Windenergieanlagen ausgehenden negativen Auswirkungen auf das Schutzgut „Landschaftsbild“ sind zu berücksichtigen. Das Vorranggebiet Nr. 118 könnte bei einem geringeren Abstand von 1000 m zum Aussiedlerhof „Neustädter Hof“ Auswirkungen auf die relevanten Lärmimmissionen haben. Des Weiteren wurde auf die zwischenzeitlich vorliegende Bauleitplanung des Marktes Weilbach Bauleitplanung im Bereich der „Golfanlage Sansenhof“ verwiesen, in der beabsichtigt ist, einen Teilbereich als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung einer Ferienhaussiedlung auszuweisen. Die beabsichtigte Planung ist zu berücksichtigen.

Der Übersichtsplan ist als Anlage beigefügt.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Landkreis-Lauftag 2017

Herr Schork, Sportbeauftragter des Landratsamtes Miltenberg, berichtet zum Landkreis-Lauftag anhand beiliegender Präsentation.

Kreisrat Dr. Linduschka weist auf die Aktion „Miltenbecher“ des JEGs in Eisenfeld hin.

Landrat Scherf erklärt hierzu, dass die Miltenbecher am JEG unter der Verantwortung von Jörg Giegerich entwickelt worden seien. Der Miltenbecher sei in Kooperation mit der Kreisbäckerschaft unter Innungsmeister Volker Mayer entstanden. Schirmherr ist Landrat Scherf.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Jahresbericht 2016 über den „Maria-Schiegl-Fonds

Herr Vill gibt den Jahresbericht 2016 anhand beiliegender Präsentation ab.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Jahresbericht 2016 über die „Allgemeine Wohltätigkeitsstiftung des Landkreises Miltenberg

Herr Vill berichtet anhand beiliegender Präsentation.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6:

Änderung der Satzung für die „Allgemeine Wohltätigkeitsstiftung des Landkreises Miltenberg

Herr Vill trägt vor, dass Hintergrund der vorgeschlagenen Satzungsänderung Änderungen der Steuergesetze sind. Mit dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts wurde - neben verschiedenen steuerlichen Erleichterungen - auch ein Verfahren zur gesonderten Feststellung der satzungsgemäßen Voraussetzungen nach den §§ 51, 59, 60 und 61 Abgabenordnung (AO) eingeführt. Wesentlich ist eine neue Mustersatzung, die als Anlage 1 der AO beigefügt ist. Das Finanzamt überprüft deshalb aktuell bei allen Vereinen, Stiftungen u.ä. Organisationen, ob die Satzung mit der Mustersatzung übereinstimmt. U.a. auch bei der „Stiftung Altenhilfe“ musste ebenfalls eine Satzungsänderung durchgeführt werden. Diese ist bereits von der Stiftungsaufsicht genehmigt.

Wenn die Änderung nicht durchgeführt würde, würde der Verlust der Gemeinnützigkeit, verbunden mit steuerlichen Nachteilen, drohen.

Der Wortlaut des vorliegenden Entwurfs ist mit Finanzamt (Schreiben des Finanzamts Aschaffenburg vom 14.03.2017) und der Stiftungsaufsicht (Mail der Regierung vom 10.03.2017) abgestimmt. Wir sollten also nach Möglichkeit keine Änderungen mehr daran vornehmen.

Vorgaben des Finanzamts:

- Änderungen in § 2 nach der Mustersatzung (Anlage 1 AO)
- Änderungen in § 7 nach der Mustersatzung (Anlage 1 AO); wichtig ist vor allem die Formulierung „oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke“

Vorgaben der Stiftungsaufsicht:

- Änderung des Einleitungssatzes in der Präambel
- § 1: Umrechnung der DM-Beträge in Euro
- § 3: Aktualisierung der Höhe des Vermögensgrundstocks

- §§ 4 und 5: Anpassung der zitierten Rechtsgrundlagen an die Änderungen des Stiftungsrechts
- § 8: Nach den Änderungen des Stiftungsgesetzes ist nicht mehr das Innenministerium, sondern die Regierung Genehmigungsbehörde.

Wenn die Änderung vom Kreisausschuss und vom Kreistag beschlossen ist, wird die Satzung der Regierung zur Genehmigung vorgelegt. Eine Einbindung des Ministeriums ist nicht mehr notwendig. Danach geht die genehmigte Satzung an das Finanzamt und es sollte dann keine Probleme mit der Gemeinnützigkeit geben.

Trotz der geringen finanziellen Bedeutung der „Allgemeinen Wohltätigkeitsstiftung des Landkreises Miltenberg“ wurde die Änderung der Satzung vom Finanzamt dringend empfohlen.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig,

folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Änderung der Satzung der „Allgemeinen Wohltätigkeitsstiftung des Landkreises Miltenberg“ in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.“

Tagesordnungspunkt 7:

Jahresabschluss 2015 des Landkreises Miltenberg

a) örtliche Prüfung

b) Feststellung

Frau Hörnig berichtet zu dem Jahresabschluss 2015 anhand beiliegender Präsentation:

„Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Ihnen heute den Bericht des Unternehmensbereichs 4 - Revision zur örtlichen Prüfung des doppelischen Jahresabschlusses 2015 vorstellen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat gemeinsam mit dem UB 4 - Revision in insgesamt acht Sitzungen den doppelischen Jahresabschluss 2015 geprüft.

Einzelne Teilbereiche wurden intensiver in die örtliche Prüfung einbezogen und die Prüfungsergebnisse mit den geprüften Einheiten besprochen:

- **So haben wir uns die Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz näher angesehen:**

Der Landkreis erhält zwar eine vollständige Kostenerstattung durch den Freistaat Bayern für derartige Leistungen. Grund der Prüfung war, ein möglicher Rückgriff bzw. eine nicht vollständige Erstattung bei unberechtigter Leistungserbringung.

Wir sind unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Gesetzeslage, der Personalausstattung und unter Berücksichtigung der besonderen Situation zu dem Prüfergebnis gelangt, dass die Arbeit bestmöglich erledigt wurde. Nur der frühere Einsatz der Gesundheitskarte könnte eine sachgerechtere Prüfung ermöglichen und würde zu einer enormen Entlastung bei den Sozialämtern führen. Diese Entscheidung obliegt jedoch nicht dem LRA Miltenberg, sondern dem zuständigen Bayerischen Ministerium (StMAS). Bayern plant hier keine Änderung; andere Bundesländer sind hier teilweise andere Wege gegangen.

- **Kredite:**

Wir haben uns alle laufenden Kreditverträge angesehen und dabei insbesondere geprüft, ob durch eine vorzeitige Ablösung angesichts der Niedrigzinsphase Verbesserungen möglich gewesen wären. Im Ergebnis konnten wir feststellen, dass zulässige Zinsanpassungen durch den UB 3 stets rechtzeitig vorgenommen wurden. Mögliche weitere Anpassungen wären unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten und der zu zahlenden Vorfälligkeitsentschädigungen nicht lohnend bzw. nicht empfehlenswert gewesen.

- **Jahresabschlüsse 2012-2015 Joseph Anton Rohe'sche Altenheim-Stiftung:**

Die Prüfung ist erfolgt. Der Bericht hierzu und die notwendigen Beschlussfassungen erfolgen im Kreisausschuss und Kreistag voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2017.

- **Jobcenter Miltenberg – mögliche Fehlbuchungen Programm A2LL:**

Im Sommer 2016 wurde in der Presse publiziert, dass in vielen Jobcentern über Jahre hinweg im Programm A2LL angeblich Systemfehler und/oder Abrechnungsfehler in einer nennenswerten Größenordnung für die Landkreise aufgetreten seien. Die durchgeführten gezielten Stichproben haben diesen Verdacht für unser Jobcenter nicht bestätigt. Die anderen angefragten unterfränkischen Landratsämter kamen zum gleichen Ergebnis.

- **Kunstnetz:**

Hier haben wir uns zwar auch Abrechnungen angesehen, vorrangig aber mit den Strukturen befasst und diesbezüglich Neuregelungen empfohlen mit denen sich der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales in Kürze befassen wird.

- Daneben wurden wie jedes Jahr zahlreiche Kassenprüfungen durchgeführt, überwachungspflichtige Vordrucke überprüft und diverse Anfragen aller Organisationseinheiten des LRA beantwortet sowie Sonderprüfaufträge der Geschäftsleitung bearbeitet.
- Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich außerdem in zwei Sitzungen mit dem Kennzahlenvergleich der steuerungsrelevanten Produkte 2015 sowie vertieft mit dem Bereich Tourismus befasst. Hierzu waren die Controllerin Frau Erfurth und Frau Dacho vom UB 1.2 im Rechnungsprüfungsausschuss.

Des Weiteren wurden die Höhe der Rückstellungen und der geplante Abbau der Gebührenüberschüsse im Bereich der Abfallwirtschaft auf Plausibilität hin geprüft. Die Ergebnisse der noch ausstehenden Gutachten für die Altdeponien sollen voraussichtlich im September 2017 im Umweltausschuss vorgestellt werden. Der Abbau der Gebührenüberschüsse ist nicht gelungen. Gründe hierfür waren: überdurchschnittliche Altpapiererlöse, geringerer Sickerwasseranfall verbundenen mit geringeren Behandlungs- und Entsorgungskosten, geringere Dieselpreise und niedrigere Preiserhöhungen sowie aufgrund einer sparsamen Wirtschafts- und Haushaltsführung im Kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieb.

Die Ergebnisse v.g. Prüfungen haben wir in unserem Jahresbericht zusammengefasst, der von mir am 30.06.2017 unterzeichnet wurde. Die Beschlussfassung des Rechnungsprüfungsausschusses hierzu erfolgte am 19.06.2017.

Zusammenfassend wird vom Rechnungsprüfungsausschuss festgestellt, dass die finanziellen Verhältnisse des Landkreises geordnet sind.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt den Jahresabschluss 2015 festzustellen und die Entlastung zu erteilen.

Wie von der CSU-Fraktion im vergangenen Jahr angeregt, wurde zwischen der heutigen Kreisausschusssitzung und der Kreistagssitzung eine längere Zeitspanne eingeplant, um genügend Zeit zu geben, sich mit dem Bericht auseinanderzusetzen zu können.

Der Prüfungsbericht kann von allen Kreistagsmitgliedern im UB 4 – Revision eingesehen werden. Die Fraktionen haben heute den Berichtsteil, der die Entwicklung des Jahresabschlusses 2015 darstellt, erhalten.

Der UB 4 - Revision ist bei Bedarf gerne bereit, zu den Prüfungsfeststellungen in einer Fraktionssitzung Auskunft zu erteilen.

Bevor ich Ihnen den Beschlussvorschlag näher vorstelle, möchte ich Ihnen noch einen kurzen Abriss über die Erledigung von Prüfungsfeststellungen geben.

Anders als im vergangenen Jahr möchten wir heute nur allgemein auf die Erledigung von Prüfungsfeststellungen aus diesem Bericht und der Vorjahre eingehen und präsentieren daher lediglich stichpunktartig die wesentlichen Themenfelder an der Wand. Viele Prüfungsfeststellungen der Vorjahre konnten zwischenzeitlich erledigt werden, einige sind konkret in Planung oder Umsetzung. Die Details hierzu sind in unserem Jahresbericht 2015 enthalten und können von den Kreistagsmitgliedern auf Wunsch bei uns eingesehen werden.

Festzustellen gilt: Der im Jahr 2014 mit LR Scherf abgestimmte neue Verfahrensablauf im Zusammenhang mit den Prüfungsfeststellungen hat sich bestens bewährt. Wie vorgesehen konnte zeitnah reagiert und Ihnen berichtet werden.

Insbesondere im vergangenen Jahr hat sich viel bewegt und es kann festgestellt werden, dass wir uns auf einem sehr guten Weg befinden. Deutlich wurde dies insbesondere auch in der neu umgesetzten Form des Haushalts 2017. Der Vorbericht hat, wie von Ihnen anerkennend festgestellt, einen deutlichen Erkenntnisgewinn gebracht und wurde trotz Nachtragshaushalt in 2016 vom UB 3 geschultert. An dieser Stelle daher nochmals vielen Dank.“

Kreisrat Reinhard sagt zur Vorgehensweise, dass es überflüssig sei, heute eine Entlastung zu empfehlen, ohne zu wissen, was drin stehe. Die Entlastung gehöre in den Kreistag.

Landrat Scherf antwortet, dass es nicht ohne Grund immer so gemacht worden sei. Außerdem solle heute ein Empfehlungsbeschluss für den Kreistag gefasst werden. Weiterhin sei es nicht so, dass der Ausschuss nichts wisse. Der Ausschuss gebe hier auch keine Blankovorlage, sondern der Rechnungsprüfungsausschuss, vom Kreistag gewählt, inklusive der Rechnungsprüferinnen, die für sich unabhängig seien, hätten dieses Werk erstellt. Landrat Scherf habe als Kreisrat nie Zweifel gehabt, wenn der Rechnungsprüfungsausschuss dem Ausschuss den Bericht dargelegt habe. Der Rechnungsprüfungsausschuss und die Rechnungsprüfung hätten immer ordentlich gearbeitet und ihren Bericht dann vorgelegt. Wenn Kreisrat Reinhard Zweifel habe, solle er dem Empfehlungsbeschluss nicht zustimmen. Die Feststellung käme nicht aus einem luftleeren Raum.

Kreisrat Dr. Linduschka stellt fest, dass wenn man jetzt zustimme, dann stimme man genau über das ab, was man jetzt gehört und gesehen habe.

Kreisrat Fieger stellt fest, dass heute nur ein Empfehlungsbeschluss gefasst werde. Man stimme über das ab, was Frau Hörnig heute präsentiert habe. Wenn sich in der Zwischenzeit etwas anderes ergeben sollte, dann sei es so, dass die endgültige Beschlussfassung sowieso im Kreistag sei. Dann könne man sich immer noch umentscheiden, im Kreistag anders zu beschließen.

Kreisrat Dr. Fahn stimmt Kreisrat Fieger zu. Ihn habe die Aussage auf Seite 56 gestört, wo steht, dass die Feststellungen zu den Ziffern 4.1 bis 4.7 aus Datenschutzgründen nur im UB 4 eingesehen werden können. Dies kenne er nicht und möchte die Unterlagen gerne noch einsehen. Dies sei für ein Punkt, zu entscheiden, ob er zustimme oder nicht. Dass man die Unterlagen aus Datenschutzgründen nur einsehen könne, sei für ihn bürokratisch. Wenn man mitschreiben bzw. abschreiben könne, könne man auch eine Kopie erhalten.

Frau Hörnig entgegnet, dass die Kreisrät*innen sich nur Notizen machen dürften.

Herr Feil ergänzt, es sei der Unterschied zwischen Akteneinsichtsrecht oder zur Verfügungstellung von Kopien. Es gehe darum, dass wenn Kopien ausgehändigt würden, Originale im Umlauf seien. Den Umlauf könne man dann nicht mehr kontrollieren. Wenn dagegen etwas handschriftlich angefertigt werde, sei das keine Kopie.

Kreisrat Oettinger schlägt vor, dass künftig diese Bemerkungen des Rechnungsprüfungsausschusses, die aus Datenschutzgründen nicht im öffentlichen Teil behandelt werden könnten, im nicht öffentlichen Teil behandelt würden.

Landrat Scherf gibt das an den Rechnungsprüfungsausschuss zurück. Frau Hörnig solle ihren Kolleg*innen mitteilen, welche Fragen und Bedenken aufgetaucht seien. Der Rechnungsprüfungsausschuss solle sich dann damit auseinandersetzen und eine Empfehlung geben.

Vor einem Jahr habe er die Empfehlung bekommen, die Zeit zwischen Kreisausschuss und Kreistag auf 14 Tage auszudehnen. Dies habe er sehr gerne getan, weil laut Rechnungsprüfungsausschuss diese Zeit notwendig sei, damit die Fraktionen sich damit beschäftigen könnten. Er lege Wert darauf, dass es nicht stimme, wenn Kreisrat Reinhard darlege, dass er blanko die Hand heben müsse. Es sei erstens ein Empfehlungsbeschluss, und zweitens sei er auf Basis der Arbeit des vom Kreistag gewählten Rechnungsprüfungsausschusses, der das gesamte Jahr über gewissenhaft seine Arbeit gemacht habe.

Kreisrat Reinhard sagt, dass die Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses durch seine Aussage nicht in Misskredit gezogen werden sollte. Er fragt nach, ob die Abstimmung des Rechnungsprüfungsausschusses einstimmig gewesen sei, was Frau Hörnig bejaht.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig,

den Jahresabschluss 2015 des Landkreises Miltenberg mit den folgenden Ergebnissen gemäß Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern festzustellen:

Ergebnisrechnung:

Gesamtbetrag der Erträge	108.947.856,68 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	106.634.278,64 €
Saldo	+ 2.313.578,04 €

Finanzrechnung:

Laufende Verwaltungstätigkeit:	
Gesamtbetrag der Einzahlungen	102.298.446,84 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	94.450.870,76 €
Saldo	+ 7.847.576,08 €

Investitionstätigkeit:

Gesamtbetrag der Einzahlungen	3.631.025,77 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	10.017.145,06 €
Saldo	- 6.386.119,29 €

Finanzierungstätigkeit:

Gesamtbetrag der Einzahlungen	0,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	2.995.940,16 €
Saldo	- 2.995.940,16 €

Finanzmittelfehlbetrag	- 1.534.483,37 €
Liquide Mittel	+ 25.971.445,71 €
Vermögensrechnung (Schlussbilanz)	
Summe Aktiva und Passiva	185.161.399,16 €

In die Feststellung werden die weiteren Bestandteile des Jahresabschlusses, die Teilrechnungen und der Planvergleich, der Anhang mit Anlagen und der Rechenschaftsbericht einbezogen.

Tagesordnungspunkt 8:

Jahresabschluss 2015- Erteilung der Entlastung

Frau Hörnig teilt mit, dass der Jahresabschluss 2015 vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüft wurde. Nach Art. 88 Landkreisordnung kann nach Durchführung der örtlichen Prüfung und der Feststellung des Jahresabschlusses anschließend die Entlastung erteilt werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 19.06.2017 dem Kreisausschuss und dem Kreistag empfohlen, für 2015 die Entlastung nach Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern zu erteilen.

Der Kreisausschuss empfiehlt – ohne Beteiligung von Landrat Scherf - dem Kreistag einstimmig,

für 2015 die Entlastung nach Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern zu erteilen.

Grundlage dieses Vorschlags ist der Bericht des UB 4 - Revision zur örtlichen Prüfung des doppelten Jahresabschlusses 2015 des Landkreises Miltenberg.

Tagesordnungspunkt 9:

Jahresabschluss 2015 – Verwendung des Jahresüberschusses

Herr Krämer erläutert, dass im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses über die Ergebnisverwendung zu entscheiden ist. Ein Jahresüberschuss, der nicht zum Ausgleich eines vorgetragenen Jahresfehlbetrags benötigt wird, ist nach § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik der Allgemeinen Rücklage oder der Ergebnisrücklage zuzuführen.

Jahresüberschüsse, die der Ergebnisrücklage zugeführt werden, stehen in späteren Jahren zur Verrechnung mit Jahresfehlbeträgen entsprechend der Regelung des § 24 Abs. 3 KommHV-Doppik zur Verfügung. Nach dem Ablauf von drei Jahren können Jahresfehlbeträge ebenso mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet werden.

Ein vorgetragener Jahresfehlbetrag ist nicht vorhanden, der Stand der Ergebnisrücklage beträgt momentan 3,3 Mio. €.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig,

den Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 2.313.578,04 € gemäß § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik der Allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Tagesordnungspunkt 10:

Halbjahresbericht der wirtschaftlichen Einheiten

Frau Erfurth trägt den Halbjahresbericht der wirtschaftlichen Einheiten anhand beiliegender Präsentation vor. Auf Seite 9 der Präsentation wird folgendes korrigiert:

82% des Aufwands getätigt

71% des Ertrags erzielt

=> **62** % der geplanten Nettoerträge erreicht

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 11:

Bericht Fahrgastbeirat Westfrankenbahn

Ernst Böppler, Andreas Giegerich und Matthias Bess, Mitglieder des Fahrgastbeirats, stellen sich und das Gremium vor, das im April 2016 von der Westfrankenbahn gegründet wurde. Der Beirat, der komplett ehrenamtlich agiert, soll die Bahn unterstützen, den Betriebsablauf und den Service für die Fahrgäste zu verbessern. Sechsmal pro Jahr treffen sich die Mitglieder, die allesamt langjährige Bahnkunden sind. Sie wissen, wovon sie reden – und das machten sie beim Blick auf den Fahrplan deutlich, mit dem die Westfrankenbahn die Ausschreibung für die Fahrleistungen ab Dezember 2019 auf der Maintal- und Madonnenlandbahn gewonnen hatte.

Akribisch hatten die Beiräte diesen Fahrplan unter die Lupe genommen und positive wie negative Beispiele hervorgehoben. Mit Wohlwollen nahmen sie auf der Maintalbahn mehrere zusätzliche Regionalexpresszüge zur Kenntnis, zum anderen fielen ihnen geänderte Abfahrtszeiten für wichtige Anschlusszüge auf: So soll der 16.28-Uhr-Regionalexpress ab Aschaffenburg künftig sechs Minuten früher abfahren, wodurch Bahnkunden im ICE aus Frankfurt den Anschluss verpassen. Seltsamerweise habe der genannte Regionalexpress in Miltenberg aber einen Aufenthalt von 20 Minuten, wodurch der Anschluss nach Wertheim entwertet wird. Kritisch merkten sie unter anderem auch an, dass es auf der Madonnenlandbahn an den Wochenenden keine durchgehenden Züge mehr gibt. So müsse ein Bahnfahrer, der samstags und sonntags von Miltenberg nach Seckach fährt, in Walldürn stets 30 Minuten warten. Auch Verschlechterungen im nachmittäglichen und abendlichen Berufsverkehr kritisierten Böppler und Kollegen: Wer mit dem Regionalexpress aus Aschaffenburg kommt, muss in Miltenberg 23 Minuten auf den Zug nach Walldürn warten.

Unter anderem fordert der Fahrgastbeirat einen Studenttakt auch an Samstagen und Sonntag bei den Regionalbahnen, die an jedem Bahnhof halten. Dies wäre machbar, so Böppler, die Bayerische Eisenbahngesellschaft müsste die acht notwendigen Fahrten nur bestellen. Ärgerlich sei auch, wenn Fahrgäste aus verspäteten Pendlerzügen aus Richtung Frankfurt und Würzburg ihren Anschluss nach Miltenberg nicht mehr bekommen, da die Westfrankenbahn, um keine Strafe zahlen zu müssen, pünktlich in Aschaffenburg abfahren muss. Ver-

besserungen seien bereits jetzt möglich, verwies Bäßler auf ein Beispiel aus Hessen, bei dem dies aufgrund politischen Drucks gelungen sei.

Die Anregungen werden nun von Landrat Scherf zusammengetragen und ergänzt und vom Kreistag an die Bayerische Eisenbahngesellschaft übermittelt. Durch politischen Druck erhoffen sich die Kreisrätinnen und Kreisräte sowie Landrat Scherf Korrekturen von Fehlentwicklungen.

Bezüglich der Madonnenlandbahn hat Landrat Scherf bereits den Kontakt zu seinem Kollegen im Neckar-Odenwald-Kreis gesucht.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 12:

Bericht von Herrn Denis Kollai, Sprecher der Geschäftsleitung, über die aktuelle Entwicklung der Westfrankenbahn

Denis Kollai berichtet dem Gremium über aktuelle Entwicklungen seines Unternehmens. Er sei froh, dass man die Ausschreibung für den Zeitraum ab Dezember 2019 gewonnen habe, bekennt Kollai und stellt einige Änderungen vor. So werde es wochentags zusätzliche Regionalexpressverbindungen geben; außerdem würden einzelne Züge in Baden-Württemberg verlängert. Er stellt die Fahrzeugflotte vor, die ab Dezember 2019 ausschließlich aus VT 642 bestehen werde, und kündigt WLAN im Zug an, Steckdosen zum Aufladen von Handys und Laptops, Fahrgastinformationen im Zug in Echtzeit sowie Videoüberwachung für mehr Sicherheit. Jeder Zug werde künftig Schiebetritte haben, so dass ein barrierefreier Zugang möglich sei. Bis 2020 seien alle Stationen im Landkreis barrierefrei, glaubt er. Auch in Miltenberg gibt es dank eines kommunalen Investitionsprogramms Planungen, kündigt er an. Sollte alles klappen, werde man möglicherweise schon 2018 den ersten Aufzug am Bahnhof bauen. Insgesamt drei solcher Aufzüge werde es geben, sagte Kollai, die Bahnsteige in der Kreisstadt würden zudem komplett erneuert. Eine erfreuliche Mitteilung überbringt er vom Bahnhof Erlenbach, dem bisherigen „Vandalismus-Hotspot“. Dort stelle man kostenloses WLAN zur Verfügung sowie Lademöglichkeiten für Handys und E-Bikes, sagte er, seitdem gebe kaum noch Vandalismus. Für ihn steht fest, dass alle großen Stationen das bekommen werden.

Man habe auch dem Freistaat ein Konzept vorgestellt, wie man den 642-er Triebwagen auch per abschnittsweiser Oberleitung elektrisch fahren lassen könnte. Auf diese Weise wäre es möglich, langfristig CO₂-neutral zu fahren und es gäbe die technische Grundlage für einen umsteigefreien Übergang Richtung Hanau/Frankfurt, meinte Kollai. Auf eine Anfrage aus dem Gremium antwortete der Westfrankenbahnchef, dass man an der Zuverlässigkeit der Klimaanlagen in den Zügen arbeite.

Landrat Scherf gibt Herrn Kollai mit auf den Weg, dass es im Sinne einer besseren Taktverdichtung und für die Güterzugkapazitäten zudem nötig sei, am langen eingleisigen Abschnitt zwischen Kleinwallstadt und Aschaffenburg-Nilkheim etwas zu tun. Er begrüßte die Planun-

gen für die Elektrifizierung und wies auf bestehenden Verbesserungsbedarf im Fahrplan, z.B. am Wochenende und in den Abendstunden hin.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 13:

**Fortschreibung Nahverkehrsplan Bayerischer Untermain
Nachkorrektur des bereits abgestimmten Entwurfes**

Herr Betz, Nahverkehrsbeauftragter, informiert zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes Bayerischer Untermain anhand beiliegender Präsentation.

Laut Herr Betz sei es ratsam, den Nahverkehrsplan der Region noch zu korrigieren. Anlass hierfür sei die neue Erlösaufteilung innerhalb der Verkehrsgemeinschaft Untermain. Die Ergebnisse lägen vermutlich im Herbst 2017 vor, so dass es durchaus zu Änderungen in den Buslinienbündeln kommen könnte. Deshalb habe man die Beschlussfassung über den eigentlich bereits abgestimmten neuen Nahverkehrsplan im Kreistag zunächst ausgesetzt. Darüber hinaus sei zu überlegen, ob man nicht ein „Buslinienexpressnetz“ umsetzen könnte. Dieses sieht lange, umsteigefreie Buslinien vor – etwa in Richtung Nord – Süd von Miltenberg in Richtung Aschaffenburg, wobei ein Teilstück zwischen Niedernberg und Aschaffenburg über die B469 gefahren werden könnte. Auch eine Verbindung von Miltenberg über den Spessart nach Faulbach und Wertheim sei denkbar, so Betz. Das würde auch nachgefragte Anschlussoptionen aus dem Spessart in Richtung Marktheidenfeld ermöglichen, sagte er. Eventuelle Änderungen des Nahverkehrsplans müssten nochmals der Arbeitsgruppe der Fraktionen in der ARGE ÖPNV vorgelegt werden, damit diese in den Nahverkehrsplanentwurf eingearbeitet und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden können. Vermutlich sei dies im Herbst 2017 der Fall.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 14:

Anfragen

Fraktionsvorsitzender Jürgen Reinhard hat Herrn Landrat Scherf am 19. Juni schriftlich folgende Anfrage gestellt:

„Betreff: Anfrage zu Aufgaben des Kreisbrandrates

Sehr geehrter Herr Landrat, lieber Jens Marco,

im Gespräch mit Landrat Ulrich Reuter hatten wir über die Aufgabenteilung/-Erfüllung in der Funktion des Kreisbrandrates gesprochen. In Aschaffenburg wird/soll die brandschutztechnische Beurteilung von Bauvorhaben durch eine qualifizierte Person in einer Brandschutzdienststelle erfüllt werden. Damit soll der KBR wesentlich entlastet werden, um sich stärker auf seine ehrenamtlichen Aufgaben als KBR konzentrieren zu können.

Ich möchte Dich bitten, dieses Modell wertfrei zu hinterfragen und im Kreisausschuss darüber zu berichten.“

Landrat Scherf erklärt hierzu, dass man im Landratsamt Miltenberg verwaltungsintern in einem kontinuierlichen Prozess aller beteiligten Abteilungen sowie dem KBR und der KBI zur Erleichterung bei der Wahrnehmung der ehrenamtlichen Aufgaben sei. Im Rahmen dieses Bemühens verfolge man die geplante und beschlossene Einrichtung einer Brandschutzdienststelle im Landratsamt Aschaffenburg mit großem Interesse. Die Kollegen in Aschaffenburg hätten dem Landratsamt Miltenberg vergangene Woche die Aschaffenburg Konzeption der Brandschutzdienststelle zur Verfügung gestellt, wofür Landrat Scherf auch an dieser Stelle herzlichen Dank sage. Derzeit werde die Konzeption geprüft, inwiefern sie auf die Verhältnisse im Landkreis Miltenberg übertragbar sei und eine spürbare Entlastung des Kreisbrandrates ermögliche. Aufgrund der bisherigen Rückmeldungen aus den Sitzungen des Kreisausschusses wisse er, dass die Mitglieder des Kreisausschusses die Auffassung der Verwaltung teilen, dass es Maßnahmen geben müsse, um die Wahrnehmung der gesetzlich so vorgeschriebenen ehrenamtlichen Tätigkeit des Kreisbrandrates auch in der Praxis zu ermöglichen. Landrat Scherf geht davon aus, dass dem Ausschuss im Herbst das Ergebnis der Prüfung vorgestellt werden könne.

Kreisrat Reinhard sagt, dass die Fraktionen vom Bund Naturschutz bezüglich des Nationalparks angeschrieben worden sei. Er möchte wissen, ob das Thema bei der nächsten Kreisausschusssitzung behandelt werde.

Landrat Scherf antwortet, dass ihm keine neuen Erkenntnisse aus München vorlägen. Er und die beiden Landratskollegen aus Main-Spessart und Aschaffenburg würden am 7. Juli nach München fahren. Er sei gespannt, was man dort erfahre und was die Staatsministerin von den Landräten erfragen werde. Er werde die Ministerin zu diesem Instrument, nachdem es vom Bund Naturschutz vorgebracht worden sei, befragen.

Kreisrat Dr. Linduschka habe mit Kreisrat Frey besprochen, dass sie persönlich der Ansicht seien, dass eine Befragung der Bevölkerung für eine Meinungsbildung sinnvoll wäre im Sinne von einem demokratischen Verfahren. Sie würden in üblicher Weise einen Antrag rechtzeitig vor der nächsten Kreistagssitzung schicken.

Landrat Scherf sagt zu, dass er dieses Anliegen bei der Ministerin vorbringen werde.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

gez.

Scherf
Vorsitzender

gez.

Zipf-Heim
Schriftführerin